

Mittwoch, 06. April 2022, Hersfelder Zeitung / Lokales

Nein zu Gewerbeplänen

Hessens Umweltministerin gegen Projekte im Wald an der A 4

VON JAN-CHRISTOPH EISENBERG



Priska Hinz Umweltministerin Hessen

Schenklengsfeld/Friedewald – Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) hat den Plänen der Gemeinden Schenklengsfeld und Friedewald, Gewerbe- beziehungsweise Industriegebiete auf Waldflächen entlang der Autobahn 4 auszuweisen, eine Absage erteilt.

Das geht aus einem Schreiben der Ministerin an das Bürgerbündnis Bodenschutz Waldhessen hervor, welches unserer Zeitung vorliegt. Priska Hinz verweist dabei auf eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums Kassel, nach

der „allenfalls eine geringfügige Inanspruchnahme von Waldrandlagen, soweit dies forstfachlich und forstrechtlich genehmigungsfähig wäre“ vorstellbar sei. Aus regionalplanerischer Sicht komme eine Inanspruchnahme von Waldflächen als Vorranggebieten für Forstwirtschaft für die Gewerbebebietsentwicklung nicht in Betracht. Das gelte sowohl für Zielabweichungsverfahren vom aktuell gültigen Regionalplan als auch für die Neuausweisung von Vorranggebieten für Gewerbe und Industrie im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Nordhessen.

„Ich kann Ihnen versichern, dass der für die Staatswaldbewirtschaftung zuständige Landesbetrieb Hessen-Forst genauso wie mein Haus als Aufsicht über den Landesbetrieb Hessen-Forst den Staatswaldflächen beanspruchenden Planungen der beiden Gemeinden kritisch gegenüber stehen und Zusicherungen über eine entsprechende Abgabe landeseigener Staatswaldflächen nicht gemacht worden sind“, heißt es in dem Schreiben der Ministerin an die Bodenschützer weiter. Über einen möglichen Verkauf der Staatswaldflächen entscheide wegen der landespolitischen Bedeutung nicht Hessen-Forst, sondern das Ministerium.

„Die Antwort aus dem Ministerium lässt uns hoffen, dass die von Bürgermeister Möller in Schenklengsfeld betriebenen Planungen, über 80 Hektar Staatswaldfläche des Forstamtes Bad Hersfeld entlang der A 4 und oberhalb von Rotensee zu beanspruchen, damit vom Tisch sind“, betont Doris Hoffmann, Sprecherin des Bodenschutz-Bündnisses, in einer Pressemitteilung. Foto: Oliver Ruether/nh

→ SEITE 2